



Der Verein «Gesundheit für alle» nimmt Stellung zur gemeinsamen Spitalgruppe (Fusion der Spitäler BS/BL)

Wer sind wir: Der Verein «Gesundheit für alle» wurde 2010 gegründet, um die Ausgliederung der öffentlichen Spitäler aus der Verwaltung aktiv zu bekämpfen. Unsere Meinung war und ist, dass die öffentlichen Spitäler auch zukünftig einer demokratischen Aufsicht und Kontrolle bedürfen, um ihrer Funktion für die gesamte Bevölkerung gerecht zu werden. Nach der Abstimmung versuchte der Verein, die gesundheitspolitische Entwicklung in Basel weiterhin kritisch zu begleiten und beschäftigt sich nun seit anderthalb Jahren intensiv mit dem Projekt der gemeinsamen Spitalgruppe. Der Verein «Gesundheit für alle» hat sich auch an der Vernehmlassung zu den Staatsverträgen beteiligt.

Kernpunkte unserer Forderungen sind:

1. Öffentliche Anstalt statt AG
2. Verzicht auf einen Neubau auf dem Bruderholz
3. Spitalverbund statt Fusion

Einleitung

Der Verein «Gesundheit für alle» begrüsst grundsätzlich die Bestrebungen der Kantone BS und BL, im Gesundheitsbereich stärker zusammenzuarbeiten. Mit der Zielsetzung der beiden Regierungen sind wir weitgehend einverstanden:

1. eine flächendeckende, gute medizinische Versorgung aller Bevölkerungsschichten zu garantieren, zu der nicht nur die Spitzenmedizin, sondern auch die Grundversorgung gehört.
2. den Universitätsstandort langfristig zu sichern und die in der Region praktizierte hochspezialisierte Medizin zu erhalten und weiter zu entwickeln.
3. Überkapazitäten und unnötige Konkurrenz abzubauen
4. zu einer Reduktion der Kosten und damit der Krankenkassenprämien beizutragen

Doch je länger und eingehender sich der Verein mit der Vorlage befasst, desto mehr Ungereimtheiten und Unklarheiten treten zu Tage, weshalb wir der Meinung sind, dass Neubeurteilungen vorgenommen werden müssen.

1. Zum Staatsvertrag «Gemeinsame Gesundheitsversorgung»

Dem Staatsvertrag «Gemeinsame Gesundheitsversorgung» kann der Verein «Gesundheit für alle» grundsätzlich zustimmen, auch wenn Bedenken gegenüber dem Passus, alle Leistungsträger gleich zu behandeln, angebracht sind. Privatspitäler und öffentliche Spitäler haben unterschiedliche Aufträge und Pflichten und können und sollen deshalb nicht gleichbehandelt werden. Zumindest Ausbildung, Lehre und Forschung müssen den Institutionen, die sie leisten, genügend abgegolten werden. Überkapazitäten und unnötige Konkurrenz können mit dem Mittel der Spitalisten und Leistungsaufträgen vermieden oder reduziert werden. Wir erwarten, dass diese auch griffig umgesetzt werden.

2. Zum Staatsvertrag «Spitalgruppe AG»

Dem Staatsvertrag «Spitalgruppe AG» steht der Verein «Gesundheit für alle» sehr kritisch gegenüber und sieht folgende Punkte als wichtigste Schwachstellen des vorgelegten Fusionskonzepts:

- **Ungenügende Analysedaten:** Die Analyse der Versorgungslage, bzw. von Angebot und Nachfrage inkl. Spital- und spitalnachgelagerten Kapazitäten sind ungenügend. Insbesondere die Entwicklungen der Patientenflüsse aus BL in die städtischen Spitäler wird nicht berücksichtigt. Eine Orthopädiestudie, die eine beträchtliche orthopädische Überversorgung nachweisen dürfte, wird in Aussicht gestellt, fließt jedoch nicht in die Analyse ein.



- Das öffentliche **Felix Platter Spital**, das für die Nachbehandlung und Reha von PatientInnen aus dem USB unverzichtbar ist, bleibt von den Fusionsplänen ausgeschlossen. Insbesondere im Bereich der Geriatrie sind die beiden Spitäler in hohem Masse aufeinander angewiesen, weshalb das FSP in eine gemeinsame Spitalgruppe integriert gehört. Was mit den geriatrischen und Reha PatientInnen aus dem Baselbiet passiert, bleibt unklar.
- Auch das **Claraspital**, das durch seinen Kompetenzzuwachs zur Sicherung der Medizinischen Fakultät der Universität Basel beiträgt, ist von den Fusionsplänen ausgeschlossen. Aufgrund seiner höheren Fallzahlen erhielt das Claraspital in der Viszeralchirurgie im Bereich der Oesophagus- und Pankreasresektion von der zuständigen eidgenössischen Kommission einen unbefristeten Leistungsauftrag zur Durchführung dieser zur hochspezialisierten Medizin gehörenden Eingriffe, dies im Gegensatz zu USB und KSBL. Das USB hat im Frühling 2018 angekündigt, mit dem Claraspital aus diesem Grunde eine engere Zusammenarbeit anzustreben.
- **Fehlende Transparenz** betreffend Baufähigkeit des Spitals Liestal und anderer Grossinvestitionen. Im «Bericht zur Spitalplanung» wird festgehalten, dass «wesentliche Investitionsentscheide erst nach Bildung der Spitalgruppe» fallen sollen (S. 54). Doch weiss man schon jetzt, dass grosse Bauvorhaben wie das Klinikum 2 in Basel und ein Neubau des Behandlungstrakts des KSBL in Liestal anstehen. Dazu kommen Investitionen für die geplante Tagesklinik für operative und interventionelle Eingriffe (TOP) und eine Notfall-Permanence am Standort Bruderholz. Ein Blick auf den Businessplan der Spitalgruppe lässt ahnen, dass die budgetierten Mittel für diese Vorhaben nie reichen dürften, was bedeutet, dass mit grösseren ungedeckten finanziellen Unsicherheiten gerechnet werden muss, die dann auf die Kantone fallen.
- **Asymmetrische Trägerschaften zwischen BS und BL:** Für BS und BL ist eine nahezu paritätische Mitbestimmung bei einem stark ungleichen finanziellen Beteiligungsverhältnis vorgesehen. Das ist aus Sicht von BS nicht annehmbar.
- **Demokratieabbau: Fehlende Mitbestimmung des Parlaments und Abbau von Volksrechten:** Die Parlamente werden in Zukunft praktisch keine Kompetenz zur Beeinflussung des Spitalbereichs haben. Hiermit entfällt auch das Volksrecht auf ein Referendum.
- **Ambulant vor stationär:** Eine wichtige Massnahme zur Einsparung ist die geplante Verlagerung von Eingriffen ins ambulante Setting. Wie weit sich diese an sich volkswirtschaftlich sinnvolle Massnahme umsetzen lässt, ist jedoch fraglich, denn die aktuelle Spitalfinanzierung (55 % Kantone, 45 % Krankenkasse) macht eine stationäre Behandlung für die KK günstiger. Zudem sind die Kosten für die Nachsorge ambulanter Eingriffe (Spitex, Hausärzte, Physiotherapie) in den vorliegenden Berechnungen nicht berücksichtigt.

Aus den oben erwähnten Gründen ist der Verein «Gesundheit für alle» der Ansicht, dass die mit der Spitalfusion angestrebten Ziele auf dem vorgeschlagenen Weg nicht erreichbar sind:

Optimale Gesundheits- und Spitalversorgung: Dazu gehört auch die Grundversorgung, sowohl die ambulante wie auch die stationäre, darin eingeschlossen die gesamte Behandlungskette vor einem allfälligen Spitaleintritt und insbesondere nach Spitalaustritt (Nachbehandlung und Reha). Zudem braucht es ein Konzept für die geriatrischen PatientInnen (vor allem in BL). Will man das Vorhaben «ambulant vor stationär» weiter favorisieren, braucht es den konzeptionellen Einbezug der Hausärztinnen – und ärzte, Spitex und andere Institutionen. Die gemeinsame Spitalgruppe darf sich nicht nur an den Bedürfnissen der Spitzenmedizin und der Forschung orientieren.

Dämpfung des Kostenwachstums: Die Konkurrenz zu privaten Spitälern und selbst zum öffentlichen Felix Platter Spital wird verschärft und führt zu teuren Aufrüstungen und Mengenausweitung (inkl. Ertragssteigerungen über unnötige Operationen). Die Bevölkerung hat keine Prämiensenkung zu erwarten.



Sicherung der Hochschulmedizin und der Medizinischen Fakultät: Diese ist ohne Einbindung des Claraspitals nicht zu erreichen.

Reduktion von Überangebot, Doppelspurigkeiten und Konkurrenz: Dieses für uns sehr wichtige Ziel scheint durch die gemeinsame Spitalgruppe nur ansatzweise erreicht zu werden.

Vorschläge zur Verbesserung des Staatsvertrages zur Spitalgruppe

Aufgrund der erwähnten Kritikpunkte fordert der Verein «Gesundheit für alle» den Staatsvertrag zur Spitalgruppe zurückzuweisen und schlägt in folgenden Punkten Veränderungen vor:

1. Öffentliche Anstalt statt AG

Die Rechtsform einer AG lehnen wir ab. Die öffentlichen Spitäler sollen weiterhin öffentlich-rechtliche Anstalten bleiben und so dem Service Public auch längerfristig verpflichtet bleiben.

Die Mitbestimmung der kantonalen Parlamente muss gewährleistet sein.

2. Verzicht auf das Bruderholzspital

Auf den Aufbau einer Tagesklinik für operative und interventionelle Eingriffe (TOP) auf dem Bruderholz ist zu verzichten. Sie ist unnötig und würde zu einer Mengenausweitung in einem bereits von Überkapazität gezeichneten Bereich (Orthopädie) führen.

3. Lösungsvorschlag: EIN REGIONALER SPITALVERBUND

Der Verein «Gesundheit für alle» schlägt anstelle der Spitalgruppe AG einen regionalen Spitalverbund beider Basel vor.

Durch eine vertragliche Vernetzung könnten alle von den Regierungen BS und BL angestrebten Ziele (qualitativ hochstehende medizinische Versorgung, Sicherung der Medizinischen Fakultät und der hochspezialisierten Spitalversorgung inkl. Aus- und Weiterbildung) erreicht werden.

Zusätzlich würde der Zielkonflikt zwischen einzelwirtschaftlichem renditeorientiertem Spitalverhalten und der gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen optimalen Gesundheitsversorgung entschärft.

Claraspital und Felix Platter Spital könnten einbezogen werden, ebenso Institutionen der Prävention und Nachsorge.

Betriebswirtschaftliche Synergieeffekte könnten über eine gemeinsame Planung und Organisation, einer Verbindung von Funktionen wie gemeinsame bzw. koordinierte Aus- und Weiterbildungen, gemeinsamer Einkauf, Zusammenlegung handwerklicher und technischer Betriebe, regionales statt einzelwirtschaftliches Marketing usw. erreicht werden.

Für den Spitalverbund spricht auch, dass die Arbeitnehmenden damit nicht der grossen Gefahr einer Verschlechterung ihrer Anstellungsbedingungen und Altersvorsorgelösung ausgesetzt würden. Austritte und Personalengpässe könnten vermieden werden.

Ein Spitalverbund wäre im Kern kurzfristig realisierbar und könnte auch die Voraussetzungen für einen Teilanschluss der Kantone Aargau und Solothurn schaffen.

Die demokratische Kontrolle und Mitverantwortung von Grossrat und Landrat könnte gewährleistet werden. Die Bevölkerung bekäme bei einer gesetzlichen Anpassung auch wieder ihr Volksrecht auf ein Referendum zurück.

Statt einer konfliktbeladenen Hauruck-Fusion ermöglicht ein Spitalverbund eine schrittweise Entwicklung bzw. ein organisches und nachhaltiges Zusammenführen und regionales Wachsen.

Kontakt:

Dr. med. Daniel Gelzer, Tel. 061 691 04 04; d.gelzer@bluewin.ch

Dr. rer. pol. Remo Gysin, Tel. 079 756 68 36; info@gysinbasel.ch